

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint drei Mal wöchentlich und zwar: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends Abends.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redaction und Expedition: Berlin, Alte Jakobstraße Nr. 67.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 15 Sgr., monatlich 5 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 15 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 12 1/2 Sgr., im übrigen Deutschland 20 Sgr. (fl. 1. 10. Südd., fl. 1. 8sterr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expediteur, von der Expres-Compagnie, Zimmerstraße 48a, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Diensthmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition aufzugeben) werden pro dreispaltige Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoucen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoucen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonieen und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London. Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Der in den nächsten Tagen zu Berlin stattfindenden Festlichkeiten wegen muß die Nummer für nächsten Freitag ausfallen.

Politischer Theil.

Berlin, 18. September.

Der Ruf nach dem allgemeinen, gleichen und directen Wahlrecht wurde in Deutschland nach der Reactionsperiode zuerst von Ferdinand Lassalle erhoben — die social-demokratische Partei war es, welche zuerst die Forderung dieses wichtigen Volksrechtes stellte.

Es ist nicht überflüssig, hieran zu erinnern und den wahren Sachverhalt zu betonen; denn heute, wo das allgemeine Stimmrecht in Folge unserer Agitation in der Öffentlichkeit zu Ehren gekommen ist, sucht sich die liberale Bourgeoisie den Anschein zu geben, als sei sie von Anfang an für dasselbe eingetreten.

Von den beiden Blättern, welche vorzugsweise als Organ des Fortschrittlerthums galten, „Volks-Ztg.“ und „National-Ztg.“, hatte die erstere schon früher, gleichzeitig mit Schulze-Deleitzsch, ihre Schwankung nach dem allgemeinen Stimmrecht vollzogen; jetzt aber erklärt auch die „National-Ztg.“, daß das allgemeine Stimmrecht „ihr Ideal“ sei. Merk würdigkeit halber theilen wir die betreffende Stelle aus dem Leitartikel des genannten Blattes mit, um so mehr, als derselbe zugleich beweist, daß man England nicht mehr als Musterstaat darzustellen mag, sondern auch in dieser Beziehung jetzt die Wahrheit zu sagen gezwungen ist. Anknüpfend an die vor Kurzem im preussischen Abgeordneten- haufe behandelte Frage, ob den Abgeordneten zum „Reichs-Tage“ des norddeutschen Bundesstaates Diäten (Tagegelder) zu zahlen seien oder nicht, wird unter Heranziehung der Verhältnisse in England, wo die Mitglieder des Unterhauses keine Diäten beziehen, wie folgt bemerkt:

Das bisherige britische Parlament ist keine Volksvertretung, wie sie in Deutschland und in allen andern Kulturstaaten der Neuzeit verlangt wird und unentbehrlich ist, sondern es ist eine Aristokratienherrschaft auf Kosten und Unkosten des Landes. Auf jener Insel giebt es noch heute zahllose Staatsgenossen, die gar nicht im Parlament vertreten sind, und die Ausdehnung der Wahl- berechtigung wird bis jetzt sehr langsam und zweideutig be- trieben, obgleich die Reformbewegung sich gewiß nicht er- scheiden lassen wird. Es giebt dort noch viele Personen und viele Orte, die kein Wahlrecht haben, in vielen Orten kommt ein Parlamentsmann auf wenige tausend Seelen, in anderen Orten auf zweihunderttausend Seelen. Das alles entspricht nicht untern politischen Begriffen, Anforderungen und Bedürfnissen, wir dürfen uns aber rühmen, daß auf unserem Standpunkt der Sitz im Parla- ment in einem viel höheren und reineren Sinne ein Ehrendienst ist, als dies von England ausgelegt werden

kann. Wir sehen nämlich den Fortschritt der Geschichte und der Freiheit, sowie die Würde und den Werth des Staatswesens ganz vorzüglich darin, daß eine immer größere Zahl von Menschen zur thätigen Theilnahme am Staatsleben, oder was dasselbe ist, am Staatsdienst be- rufen wird. Weil das allgemeine Stimmrecht Alle in den Staatsdienst ruft, darum ist es unser Ideal in dem guten, richtigen Sinne dieses Wortes, und wir verschmä- hen die Scheidung des Volkes in Regierende und Re- gierte, in Wähler und Nichtwähler, als etwas Unorganisch- es, Staatsverderbliches, Rohes und Unwürdiges. Schon in dem Wahlrecht des Volkes sehen wir kein persönliches Recht, wie dies in England der Fall ist, wo das Wahlrecht des gemeinen Mannes darin besteht, daß er einen Anspruch darauf hat, bestochen zu werden. Wir sehen im deutschen Wahlrecht eine Verpflichtung, einen Dienst des Volkes für den Staat, und dies ist allerdings auch in England die Anschauung der Denker, wie Stuart Mill, welche über das übertriebene Unwesen hinaus wollen. Sollen es aber in der Thätigkeit der erwählten Abgeordneten sehen wir durchaus nicht wesentlich ein Recht, verbunden mit Ansprüchen auf Aemter und Sineluren und auf sonstige Fällung des Beutels; sondern ganz vornehmlich in dieser Thätigkeit sehen wir eine Pflicht, einen Dienst, eine Arbeit für den Staat. Rechte hat der Abgeordnete nur insofern, als man solche, um Pflichten erfüllen zu können, stets nöthig hat. Er hat sie also nicht als Selbstzweck, sondern als Mittel zum Zweck.

Man sieht: auch die „National-Ztg.“ ist jetzt für das allgemeine Stimmrecht, wie denn die li- berale Bourgeoisie überhaupt nicht mehr wagt, die- ser Forderung offen entgegenzutreten. Allein das Volk muß Gedächtniß haben. Es muß sich erin- nern, mit welcher Wuth die liberale Bourgeoisie, insbesondere ihre Presse, über Lassalle herfiel, als er zuerst den Ruf nach dem allgemeinen Stimm- recht erhob.

Bescheidenheit ziemt sich nicht für eine politische Partei; was sie geleistet hat, darf und soll sie von sich rühmen; denn dadurch hebt sie das Selbstver- trauen und den Muth ihrer Mitglieder. Darum sagen wir es bestimmt und laut: daß das allge- meine Stimmrecht in Deutschland auf die Bahn gekommen, ist das Verdienst der social-demokra- tischen Partei und vor Allem ihres dahingegange- nen Führers.

Ohne unsere Agitation wäre die preussische Re- gierung nie dazu gekommen, das allgemeine Wahl- recht auf ihre Fahne zu schreiben — ohne unsere Agitation würde die liberale Bourgeoisie noch heute das allgemeine Stimmrecht todschweigen und jeden, der etwa vereinzelt nach demselben zu rufen sich unterfinge, verlezern und verfolgen.

Aber wie wir bisher in Sachen des allgemeinen Stimmrechts thätig waren, so müssen wir es auch in Zukunft sein und der Erfolg wird uns auch im weiteren Verlauf nicht fehlen.

Neuerdings hat der Allg. deutsch. Arb.-Verein auf die Anordnung seines Präsidenten in allen Theilen Deutschlands Volks-Versammlungen abge- halten, in denen der Ruf nach Einführung des allgemeinen Stimmrechts auch im Innern der ein-

zelnen Staaten, für alle öffentlichen Angelegen- heiten, aus dem Volke heraus ertönte. Dieser Ruf muß sich erneut und mit immer stärkerem Nach- drucke wiederholen, so oft sich eine Gelegenheit bietet.

Wir müssen aber zu gleicher Zeit dafür sorgen, daß man mit dem allgemeinen Stimmrecht kein muthwilliges Spiel treibe.

Im Augenblick liegt eine Frage vor, welche in dieser Beziehung von hoher Wichtigkeit ist: Wer- den die Abgeordneten zum norddeutschen Parla- ment Diäten bekommen oder nicht?

Wir brauchen kein Wort darüber zu verlieren, daß ein allgemeines Stimmrecht ohne Diätenzah- lung keinen Pfifferling werth wäre. Gerade die zum Bewußtsein ihrer Lage gelangten Kreise des Volkes werden bei dem allgemeinen Stimmrecht vielfach Abgeordnete in das Parlament entsenden, welche, gewohnt von ihrer Arbeit zu leben, ohne Besitzthum, nicht in der Lage sind, ihre Zeit und ihre Kräfte der Allgemeinheit zu widmen, wenn sie nicht für ihren Lebensunterhalt während der be- treffenden Zeit sicher gestellt sind. Das allgemeine Stimmrecht ohne Diätenzahlung wäre für das Volk werthlos; es wäre ein böswilliges Spiel, welches man sich zu Gunsten der Besitzenden gegen das besitzlose Volk erlauben würde.

Sobald sich also — was allerdings bis jetzt noch nicht der Fall ist — herausstellen sollte, daß man wirklich und endgültig für das Parlament keine Diäten zahlen will, würde es unsere Aufgabe sein, mit aller Entschiedenheit gegen einen solchen Miß- brauch der Volksache aufzutreten.

Man gebe dem Volke das allgemeine Stimm- recht ernstlich und in Wahrheit; aber man versuche nicht, es zum Narren zu halten. —

M undschau.

Berlin, 18. September.

Zwischen Oesterreich und Preußen, wie auch den Südstaaten Deutschlands macht sich seit dem Kriege eine wachsende Spannung bemerkbar, die an eine Ansöhnung für die Zukunft schwerlich glauben läßt. Die „Wiener Presse“ läßt sich über das Verhältniß Oesterreichs zu Preußen folgender- maßen aus:

In demselben Maße, als sich die Ansichten auf eine volle Ansöhnung zwischen Oesterreich und Italien meh- ren, in demselben Verhältniß schwinden dieselben in Be- zug auf die Möglichkeit, daß es sobald wieder zu einem freundschaftlicheren Verhältniß zwischen Oesterreich und Preußen kommen werde. Preußen hat Oesterreich gegen- über den Platz occupirt, welchen Piemont seit 1848 bis zum Waffenstillstands-Abschluß von Combrons eingenom- men hat. Die Geschehnisse dieses Jahres werden hier nicht so leicht vergessen werden, wenn es auch mehr als sicher scheint, daß Oesterreich der Befähigung der Dinge in Deutschland gegenüber die absoluteste Passivität zu beobachten gewillt sei. Selbst die Wiederanknüpfung der diplomatischen Beziehungen scheint auf Schwierigkeiten zu stoßen. Obschon Baron Werther bereits in Wien

